

Kommunalwahlen in der Türkei: Wahlmanipulation und der kurdische Kampf für Selbstbestimmung

Erneut ist es bei den Kommunalwahlen in der Türkei zu Vorfällen der Wahlmanipulation gekommen. Vor allem die Provinzen im Südosten des Landes, die zu großen Teilen von Kurd*innen bewohnt werden, sind betroffen. Nach der letzten Kommunalwahl 2015 wurden über 90 Kommunen unter Zwangsverwaltung gestellt, die gewählten Vertreter*innen der pro-kurdischen HDP ihrer Ämter enthoben und teilweise zu Haftstrafen verurteilt. Für die DEM-Partei, die sich als Nachfolgeorganisation für die Rechte der Kurd*innen in der Türkei einsetzt, gibt es also viel zu gewinnen. Für die national-islamische Regierungspartei AKP und Recep Tayyip Erdogan hingegen viel zu verlieren. Denn neben den wichtigen Stimmen in den Großstädten des Landes gelten auch die kurdischen Gebiete als wichtige Orte, um Erdogans autokratische Machtposition abzusichern.

Um erneuten Manipulationen entgegenzuwirken hat sich eine Delegation von über 100 Personen aus europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf verschiedene Städte und Dörfer verteilt und über Versuche der Einflussnahme berichtet. Neben gefälschten Wahlzetteln und regelmäßigen Stimmabgaben von Einzelpersonen für ganze Gruppen sind die schwerwiegendsten Eingriffe in den Ablauf der Wahl die massiven Wähler*innenverschiebung.

Dabei sind es vor Allem Soldat*innen und ihre Verwandten, die aus AKP-Hochburgen in den Osten des Landes gebracht wurden, um dort ihre Stimmen abzugeben. Teilweise mehrere Wochen oder Monate vorher registriert, teilweise am Wahltag in eskortierten Bussen direkt in die Wahllokale gebracht.

So wurden 5.950 Soldaten und Polizisten in die Provinz Sirnak gebracht, um dort für die AKP zu stimmen. Ähnliche Berichte gibt es aus Siirt, wo die Bundestagsabgeordnete Gökay Akbulut als Teil der Delegation über mindestens 6.000 Stimmen von türkischen Soldaten berichtet, die eigentlich an anderen Orten der Türkei oder dem Nordosten Syriens stationiert sind. Sie werden mit Bussen der AKP an die Wahlorte gebracht und stimmen dort in großen Gruppen ab.

In den Provinzen Agri und Bitlis wurden ähnliche Vorgänge beobachtet. Ganz in der Nähe von Bitlis befindet sich die Kreisstadt Tatvan. 90% der Menschen in der Stadt sind Kurd*innen. Die meisten Anderen sind dort stationierte Soldaten. In den letzten Monaten sollen mindestens 2.000 Verwandte dieser Soldaten in der Stadt registriert worden sein, um bei der Wahl für die AKP zu stimmen.

Auch wenn die Kurd*innen mit Sicherheit die gesellschaftliche Gruppe sind, die am meisten unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Türkei leidet, kritisieren nicht nur die Vertreter*innen der DEM-Partei diese Vorgänge aufs schärfste. Der CHP Abgeordnete Sezgin Tanrikulu schrieb auf X: „Kein Bürgermeisteramt, das die AKP mithilfe der hergangekarnten Wähler bekommt, ist rechtlich und politisch legitim.“

Bereits die Präsidentschaftswahlen 2023 wurden scharf kritisiert und die Forderung nach einer Wiederholung wurde laut. Doch Erdogan ist seiner autoritären Linie treu geblieben. Von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft folgten keine Konsequenzen. Für eine Wandlung hin zu demokratischen Standards braucht es faire Wahlen und einen Aufschrei, der über die Grenzen der Türkei hinausgeht.